

U n t e r G r o ß r u m ä n i e n

Am 1. Dezember 1918 trat in Karlsburg/Alba Julia die Große Nationalversammlung aller Rumänen, die auf dem Gebiete Ungarns lebten, zusammen und erklärte ihren Anschluß an das Königreich Rumänien. Dies war der folgerichtige und berechtigte Schlußpunkt unter einen langen Kampf um Freiheit und Gleichberechtigung eines Volkes, das in dem von ihm bewohnten Gebiet die absolute Mehrheit der Bevölkerung ausmachte. Als die rumänischen Truppen bei ihrem Einmarsch in Klausenburg von der rumänischen Bevölkerung der Stadt voller Dank empfangen wurden, soll der kommandierende General den Ausspruch getan haben: "Nicht wir haben gesiegt, sondern die rumänische Mutter. Ihr gebührt der Dank für den Sieg!" Das war eine weise Erkenntnis, die von der Klugheit und Bescheidenheit eines Mannes zeugte.

Es heißt, der Weg zur Hölle sei mit guten Vorsätzen gepflastert. Mit Recht könnte man auch sagen, daß der Weg zur Macht von großen Versprechungen, oder von roher Gewalttat gesäumt ist. Diesmal nun das Erstere. Die führenden Männer der Nationalversammlung von Karlsburg hatten noch gestern im Kampf um den Bestand ihres Volkes gestanden. Im selben Jahr hatte die ungarische Regierung noch über 100 rumänische Schulen geschlossen. In warmer Erinnerung daran und an die leidvolle Vergangenheit waren die Vertreter des rumänischen Volkes von hohen Idealen der Freiheit erfüllt.

Daher verkündete die Versammlung:

Volle nationale und konfessionelle Gleichberechtigung für alle mitwohnenden Nationalitäten.

Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht.

Presse= Vereins= und Versammlungsfreiheit.

Eine Agrarreform für die armen Bauern.

Für die Arbeiter gleiche Rechte, wie sie jene in Westeuropa besaßen.

Als ob sie in den heutigen Tagen der ständigen und massiven Bedrohung des Friedens gelebt hätten, verlangten sie:

Eine Gemeinschaft der freien Völker solle den Frieden so

gestalten, daß alle Völker, ob groß oder klein, im Genuß von Recht und Freiheit gesichert seien, und in Zukunft

der Krieg als Mittel zur Regelung internationaler Beziehungen verboten sei.

Es wurde ein Nationalrat gebildet, der seinen Sitz in Hermannstadt hatte. Er sorgte für Ruhe und Ordnung im Lande.

In Anbetracht der Karlsburger Beschlüsse kamen am 8. Januar 1919 die Vertreter der Sachsen in Mediasch zusammen und erklärten sich im Namen des sächsischen Volkes mit dem Anschluß Siebenbürgens einverstanden. In der Folge wurde das deutsche Schulwesen der Evangelischen Kirche belassen, ohne auch nur die Forderung nach dem rumänischen Sprachunterricht zu stellen. Er wurde vom Landeskonsistorium selbst eingeführt, weil man die Notwendigkeit davon erkannte.

Idealisten haben in der Politik nie das letzte Wort. An ihre Stelle treten die Realisten. Das ist wohl recht so, doch ist ihr Weitblick meist begrenzt, wodurch die Verwirklichung reiner Ideale oft zunichte gemacht wird. So auch hier.

Durch eine neue Verfassung nach französischem Muster wollten die Gesetzgeber einen einheitlichen Nationalstaat schaffen. Von einer Autonomie der Minderheiten, wie sie in den Beschlüssen von Karlsburg versprochen und durch internationale Minderheitenschutzverträge zugesichert wurde, war keine Rede mehr. Das Schulwesen der Kirche blieb zwar unangetastet, aber die deutschen Beamten wurden aus Verwaltung und Gericht beseitigt, oder in rumänische Ortschaften versetzt. Die deutschen Ortsnamen wurden verboten, es durften nur die rumänischen benutzt werden. Man konnte es erleben belehrt zu werden, daß man rumänisches Brot esse, also rumänisch zu sprechen habe. An Stelle des ungarischen Chauvinismus trat allmählich in steigendem Maße der rumänische, der im Gesetzentwurf des "Numerus Valachicus" gipfelte. Danach sollten die Rumänen überall im Land im Gewerbe, in der Industrie, in der Verwaltung und im Schulwesen, in einem Prozentsatz vertreten sein, der ihrer Volkszahl entsprach. Nachdem sich die Minderheiten Siebenbürgens 1937 beim Völkerbund in Genf beschwert hatten, wurde er

zurückgezogen.

Die Agrarreform war ursprünglich aus sozialen Gründen ins Auge gefaßt worden. Bei der Durchführung derselben kam in Siebenbürgen ein unverkennbar nationales Moment dazu. Hier fiel auch das Gemeinde- und Kirchenvermögen unter die Enteignung. Dadurch verloren die sächsischen Gemeinden den letzten Rest der Gemeinerde: Wälder, Weiden, Wiesen und Äcker, welche bis dahin landarmen Gemeindegliedern gegen Pacht überlassen worden waren. In Großkopisch wurde Weide- und Ackerland in den Gerütern enteignet. Unterhalb des Dorfes enteignete man die sächsischen Krautgärten und gab sie Rumänen zu Hofstellen. Kein einziger hat darauf ein Haus gebaut, ein Beweis dafür, daß keiner sie benötigte. In den Gerütern, südlich der Gemeinde, befand sich auch der Predigergrund der Kirche. Dieser war nun auch in Gefahr enteignet zu werden, weil es keinen Prediger mehr gab. Da aber der Pfarrgrund das Ausmaß von 32 Joch, welches das Gesetz vorsah nicht erreichte, forderte die Kirchengemeinde den Predigergrund als Ergänzung an. Sie erhielt ihn, wodurch sein Verlust verhütet werden konnte. Er blieb in sächsischem Besitz, aber die Einnahmen, die für die Erhaltung von Kirche und Schule verwendet worden waren, gingen der Gemeinde verloren.

Die Kirchengemeinde besaß auf der sog. Breite 100 Joch Wald, der durch die erste Agrarreform nicht angetastet wurde. Er wurde aber in der Folgezeit oft zu einer materiellen Belastung für die Kirche. Denn wenn man die jährlichen Einnahmen aus dem Holzverkauf mit den vom Fiskus geforderten Steuern vergleicht, kann man feststellen, daß dieselben die Einnahmen meist überschritten. In manchen Jahren waren sie fast doppelt so hoch. Darum kam das Brennholz, das für die Angestellten der Kirchengemeinde und für die Schule im Kirchenwald geschlagen wurde, sehr teuer. Dafür hatte man aber die Möglichkeit, das nötige Bauholz für die Reparaturen an den kirchlichen Gebäuden aus dem eigenen Wald unentgeltlich zu holen. Darum empfand man es auch schmerzlich, als derselbe durch die zweite Agrarreform nach dem zweiten Weltkrieg enteignet wurde.

Durch den Ausgang des ersten Weltkrieges waren viele Heimkehrer im Innersten erschüttert. Sie hatten in Treue für ihr Vaterland gekämpft. Mehr als ein Viertel der sächsischen Frontteilnehmer waren für ihre Tapferkeit ausgezeichnet worden. Nun war nicht nur der Krieg verloren, sondern auch das Vaterland. An seine Stelle war ein neues, unbekanntes getreten. Die Welt voller Weite, Bewegung und Bewährung mündete in der kleinlichen Enge des Alltags, mit seinen Verpflichtungen und Sorgen in Familie und Gemeinde. Ihr geistiger Horizont hatte sich geweitet, sie waren mit Ideen in Berührung gekommen, die sie zur Kritik an ihrer sozialen Lage herausforderte. Statt irgend eine Anerkennung in der Heimat zu finden, mußten sie die Agrarreform über sich ergehen lassen, ohne dabei berücksichtigt zu werden. Das Gegenteil trat ein. Ihr Verdienst wurde geringer. Auch die Mittel zur Erhaltung der Kirche und der Schule wurden verringert. Besonders schwer fiel der Verlust der Siebenrichterwaldungen ins Gewicht, deren Ertrag vornehmlich der Erhaltung der Schulen gedient hatte. Mit ihnen verlor die Gesamtgemeinde mehr als die Hälfte ihres Vermögens. Damit ihre Einrichtungen erhalten werden konnten, mußten die Kirchensteuern bedeutend erhöht werden. Sie betrug an manchen Orten bald mehr als die Staatssteuern. Zu gleicher Zeit sanken die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, weil die Verbindung mit den industrialisierten Teilen Österreichs abgerissen waren und weil die Großgrundbesitzer Altrumäniens billiger erzeugten. Vielen war auch zuwider, daß nun Angehörige eines anderen Volkes auf Sachsenboden Richter sein sollten. Jüngere Männer waren kaum nach Hause gekommen, wurden sie zum rumänischen Heer eingezogen. Das alles erweckte ihren Widerwillen.

Es entstand die sog. Unzufriedenenbewegung in unserem Volk, die sich bald gegen Kirche und Pfarrer richtete. Die Kirche verlangte Kirchensteuer, und die Pfarrer wurden beschuldigt, das Volk in Mediasch in der Vertreterversammlung, die den Anschluß Siebenbürgens an Rumänien beschlossen hatte, verkauft zu haben. Für die politische Reife des Beschlusses sprechen jedoch die Zahlen, die die Bevölkerungsanteile der Bewohner

Siebenbürgens wiedergeben überzeugend. Es lebten damals in diesem Landesteil:

1.500.000	Rumänen,
700.000	Magyaren und
240.000	Sachsen.

Die Bewegung war durch die Unzufriedenheit mit den neuen Verhältnissen, den großen Abgaben für Kirche und Schule und nicht zuletzt durch die Armut entstanden. Vielleicht spielten auch sozial-politische Momente mit. Ihre Führer traten der Kirche mit der Forderung entgegen, die Schulen an den Staat zu übergeben. Sie begründeten es damit, daß der Staat die volle Gleichberechtigung aller seiner Bürger versprochen habe, daher sei er verpflichtet die deutschen Schulen in der Muttersprache zu erhalten, um so mehr, als das aus den Steuergeldern der Sachsen geschehe. Die Gegenseite war der Meinung, die Schulen müßten auch unter Aufbringung der schwersten Opfer in eigener Verwaltung behalten werden, weil nur so die Garantie gegeben sei, daß sie weiterhin die wichtigste Institution zur Erhaltung der Eigenart bliebe. Die Erfahrungen der Vergangenheit lehrten, sich ein Bild von der Zukunft zu machen und müßten das Handeln in der Gegenwart bestimmen. Man war gezwungen Parallele zur ungarischen Herrschaft zu ziehen, betrachtete die Ansätze rumänisch-nationalistischer Tendenzen und trat, unterstützt von der Mehrheit des Volkes, den Unzufriedenen entgegen. Das gesamte Schulwesen wurde behalten. Wie richtig das war, zeigte sich bald an den lächerlich kleinen Beträgen, die der Staat zur Unterstützung der deutschen Schulen zahlte. Ende der dreißiger Jahre betrug sie für eine einklassige Volksschule 400 Lei im Vierteljahr. Aus dem Budget der politischen Gemeinden waren 14% der Einnahmen für die Instandhaltung der Schulgebäude vorgesehen. Dieser Betrag wurde meist für die rumänische Schule verausgabt. Die deutsche Schule mußte ganz aus eigenen Mitteln unterhalten werden, was mit dazu beitrug, daß die Lehrergehälter in armen Gemeinden im Rückstand blieben.

Auch in Großkopisch gab es 47 Männer, die sich der Unzufriedenenbewegung angeschlossen hatten. Die meisten taten es

aus Not. Einige wenige auch aus Oppositionsgeist, der sich hier in der Masse manifestieren konnte. Sie zahlten keine Kirchensteuern, Eltern schickten ihre Kinder - unter täglichem Protest derselben - in die Staatsschule mit rumänischer Unterrichtssprache. Zwei kinderlose Ehepaare traten auch zur orthodoxen Kirche über. Als sie durch das Begräbnis eines Angehörigen sahen, daß sie durch ihr Handeln der Geborgenheit der Gemeinschaft verlustig gingen, kehrten sie zur evangelischen Kirche zurück. Die Eltern der Schulkinder waren auch eines Besseren belehrt worden und wollten ihre Kinder wieder in die deutsche Schule einschreiben. Als man ihnen notwendigerweise die rückständigen Beiträge verlangte, war mancher gezwungen, der Kirche einen Schuldschein zu unterfertigen, dessen Betrag teilweise verfiel. Wie groß die Not der Kirche wurde, geht aus der Tatsache hervor, daß die Gemeindevertretung mehreremale zur Sitzung eingeladen werden mußte, bis die zur Beschlußfassung notwendige Mitgliederzahl anwesend war, damit der Kostenvoranschlag oder die Kirchenrechnung angefertigt werden konnte. Die Kirchengemeinde verschuldete infolge der Verarmung der Bevölkerung durch die Weltwirtschaftskrise so sehr, daß sie von 1931- 1937 die Pfarrstelle nicht besetzen konnte, weil sie nicht zahlungsfähig war. Der geistliche Dienst wurde von Vertretern versehen.

Die gesamte Bevölkerung des Landes war verschuldet. Der Zinsfuß kletterte unglaublich in die Höhe. Die Geldknappheit und die niedrigen Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse führten besonders die Bauern an den Ruin, aber in der Folge auch die Handwerker und die Kaufleute. Selbst der Staat war derart verschuldet, daß er die Beamten und die Angestellten nicht bezahlen konnte, sondern ihre Forderungen in Staatspapieren ablöste. Im Jahre 1933 mußte die Regierung die Privatschulden durch das Umschuldungsgesetz auf ein Drittel herabsetzen. Das war ein bedeutender Beitrag zur Gesundung des Landes. Schwerer als der materielle Schaden dieser Zeit war die mangelnde Hoffnungs- und Verantwortungsfreudigkeit, die sich im Leben unserer Gemeinde geltend machten.